

# Cassis trifft Europas Regierungschefs

Der Bundespräsident nimmt am ersten Treffen der neuen «Europäischen Politischen Gemeinschaft» teil. Was ist davon zu erwarten?

Remo Hess, Stefan Bühler

Gegen Ende seines Amtsjahres als Schweizer Bundespräsident kommt Ignazio Cassis nochmals zu einem grossen Auftritt: Am 6. Oktober ist er eingeladen, in der geschichtsträchtigen Prager Burg an der Lancierung der neuen «Europäischen Politischen Gemeinschaft» teilzunehmen. Neben der Schweiz werden auch zahlreiche weitere europäische Staaten teilnehmen, die nicht (oder noch nicht) EU-Mitglied sind. Eingeladen sind unter anderem die EWR-Mitglieder Norwegen, Island und Liechtenstein. Aber auch die Ukraine, die Länder des Westbalkans, die Türkei, Moldawien, Georgien und sogar das aus der EU ausgetretene Grossbritannien.

## Einen Austausch «auf Augenhöhe» ermöglichen

Bis zu 44 Staats- und Regierungschefs könnten am Gipfel teilnehmen. Dass der ukrainische Präsident Selenski anreist, ist jedoch unwahrscheinlich: Seit dem Angriff Russlands hat er das Land nie verlassen.

Die Idee hinter dem Projekt ist einfach: Angesichts des Krie-



Er kann 44 Regierungschefs treffen: Ignazio Cassis. Bild: Key

ges in der Ukraine hat sich in den EU-Staaten offenbar die Erkenntnis durchgesetzt, dass man auch mit jenen europäischen Staaten enger zusammenarbeiten muss, die dem Staatenbund auf absehbare Zeit nicht beitreten wollen – oder nicht beitreten können.

Mit ihnen soll ein neues Format gefunden werden, um sich zu verschiedenen Themen wie Sicherheit, Energie oder der allgemeinen Wirtschaftslage «auf Augenhöhe» auszutauschen, wie es EU-Diplomaten formulieren. Ins Spiel gebracht hat die neue Gemeinschaft der französische Präsident Emmanuel Macron im Mai.



Er hat den Mega-Gipfel erfunden: Emmanuel Macron. Bild: EPA

Was aber erhofft sich die Schweiz von einer Teilnahme am Mega-Gipfel? Beim Eidgenössischen Departement des Äusseren (EDA) heisst es, die Grundidee, nämlich die Förderung des politischen Dialogs und der Zusammenarbeit in Europa, sei auch für die Schweiz relevant. Mit der Ukraine-Konferenz habe man bereits gezeigt, dass man einen Beitrag zu Stabilität und Demokratie in Europa leiste, und das wolle man weiter tun. Was aber die konkreten Ziele des Gipfels sein werden, sei von Seiten der EU und der organisierenden tschechischen EU-Ratspräsidentschaft noch nicht bekannt gegeben.

Insofern gilt es abzuwarten. Klar ist: Die «Politische Gemeinschaft» wird keine neue Organisation mit eigenen Institutionen sein, sondern vielmehr eine Art Plattform: Zweimal im Jahr sollen sich die Staats- und Regierungschefs des erweiterten Europas direkt und in der Form eines runden Tisches treffen. Stand jetzt ist nicht einmal ein gemeinsames Schlussdokument geplant. Der Gesamtbundesrat seinerseits wird sich im Vorfeld des Gipfels noch mit der Teilnahme der Schweiz befassen.

## Distanziertes Interesse im Schweizer Parlament

Dass Bundespräsident Ignazio Cassis bei der Auftaktveranstaltung in Prag teilnehmen wird, stösst bei Vertreterinnen und Vertretern der Bundesratsparteien mehrheitlich auf Zustimmung. «Es ist eine Gelegenheit, wieder einmal mit den europäischen Regierungschefinnen und Regierungschefs an einem Tisch zu sitzen, diese Gelegenheit hat die Schweiz ja sonst nicht mehr», sagt SP-Nationalrat Eric Nussbaumer. Elisabeth Schneider-Schneiter, Aussenpolitikerin der Mitte, FDP-Ständerat

Andrea Caroni und Franz Grüter (SVP) sehen vor allem eine Gelegenheit, dass Cassis andere Staatschefs trifft und sich persönlich mit ihnen über europapolitische Fragen unterhalten kann. «Der Bundespräsident erhält in Prag Informationen aus erster Hand über die Pläne der EU», sagt Caroni, «und er kann auch die Position der Schweiz darlegen.» Nationalrat Grüter sagt lapidar: «Nimmt er daran teil, stört das sicher nicht.»

Doch alle vier Mitglieder der aussenpolitischen Kommissionen warnen davor, die Bedeutung des Formats für die Schweiz zu überschätzen. So sagt Nussbaumer: «Das vom französischen Präsidenten Macron initiierte Projekt ist nicht gemacht für die Schweiz. Was wir brauchen, sind institutionelle Lösungen für unseren Zugang zum Binnenmarkt.»

In die gleiche Kerbe haut Schneider-Schneiter: «Macrons Idee geht viel weniger weit als unser Marktzugang dank den Bilateralen.» Die Teilnahme an dem Gipfel ersetze deshalb nicht, «dass Cassis dem Parlament unverzüglich ein neues Verhandlungsmandat für die

Sicherung der Bilateralen vorlegt und mit der EU an den Verhandlungstisch zurückkehrt».

## Französisches Konzept – mit grossem Pinselstrich

Cassis' Parteikollege Andrea Caroni weist darauf hin, dass Macrons Vorschläge noch weit von der Realisierung entfernt seien: «Es ist ein typisch französisches Konzept, mit dem grossen Pinselstrich – erfahrungsgemäss liegt der Teufel dann im Detail.» Darauf spielt auch Grüter an, wenn er sagt, es gebe «gegenläufige Strömungen» in der EU: Einerseits strebe Emmanuel Macron eine grössere Gemeinschaft mit Drittstaaten an, «während der deutsche Bundeskanzler Scholz eine EU-Reform will auf Kosten der Demokratie, sodass die einzelnen Staaten überstimmt werden können».

Kurzum: Die Aussenpolitikerinnen und Aussenpolitiker des Parlaments beobachten die Diskussionen der EU über neue Kooperationsmodelle mit Drittstaaten interessiert. Dass sich daraus ein neuer Weg für die Schweiz ergeben könnte, halten sie jedoch für unwahrscheinlich.

Analyse zur Ukraine-Politik der EU-Kommissionspräsidentin – und was diese für die Schweiz bedeutet

## Stets klare Kante gezeigt: Für einmal Lob für Ursula von der Leyen

An Ursula von der Leyen kann man viel kritisieren, angefangen bei der undurchsichtigen Art und Weise, wie die EU-Kommissionspräsidentin an ihren Posten gekommen ist. Oder ihre Amtsführung, die sich oft in Mikromanagement verliert, und die hochtrabenden Ankündigungen, denen meist wenig Konkretes folgt. Inhaltlich kann man den laschen Umgang mit dem EU-Autokraten Viktor Orbán oder den Rechtsstaatsabschaffern in Polen bemängeln. Auch die Corona-Impfstoffbeschaffung wirft Fragen auf. Aber eines muss man der 63-jährigen Kommissionschefin zugehen: Seit dem Angriff Russlands auf die Ukraine im Februar hat sie vieles richtig gemacht. Von Anfang an liess von der Leyen keinen Zweifel aufkommen, wo sie steht. Nämlich fest an der Seite des kriegsgebeutelten Landes.

Das ist gerade für eine deutsche Spitzenpolitikerin nicht selbstverständlich: Während Bundeskanzler Olaf Scholz noch herumzauderte und den Anschein vermittelte, Putin öffentlich ja nicht arg brüskieren zu wollen, reiste von der Leyen schon im April nach Kiew und verschaffte sich einen eigenen Eindruck von den Kriegsverbrechen in Butscha. Zwei Monate später – Scholz hatte es noch immer nicht geschafft – war sie ein zweites Mal dort und besprach mit Präsident Wolodimir Selenski die Details des ukrainischen EU-Beitritts.



Dresscode Gelb-Blau: Ursula von der Leyen spricht in ukrainischen Farben vor dem EU-Parlament.

Bild: Christophe Petit Tesson/EPA

nischen EU-Beitritts. Man mag das als «Gratismut» bezeichnen, weil alle wissen, dass die Ukraine auf absehbare Zeit der EU nicht beitreten wird. Aber: Es waren wichtige und unverzichtbare Zeichen der Solidarität der höchsten EU-Beamten mit der Ukraine.

Am Mittwoch nun hielt sie ihre programmatische «Rede zum Zustand der EU». Und auch

hier liess sie sich nicht aus dem Tritt bringen. Ein Zurück zum courant normal werde es so bald nicht geben. Die Sanktionen würden noch lange in Kraft bleiben, versprach sie. Den Bürgerinnen und Bürgern, den Familien wie auch den Unternehmen stellte sie ehrlicherweise «schwierige Monate» in Aussicht. Aber sie erklärte, Putin führe «einen Krieg gegen unsere Werte und unsere

Zukunft». Es kämpfe Autokratie gegen Demokratie. Und deshalb hielt von der Leyen fest: «Die Solidarität Europas mit der Ukraine ist unerschütterlich.» War es ihr «Whatever it takes»-Moment, in Anlehnung an den Spruch, mit dem Mario Draghi 2012 den Euro gerettet hatte? Das vielleicht nicht. Aber eine präzise, verständliche Botschaft, in welche Richtung es weitergehen wird.

Wichtig in der Rede war auch, dass von der Leyen eigene Fehler eingestand. Eine Lehre aus diesem Krieg sei, «dass wir auf diejenigen hätten hören sollen, die Putin besser kennen». Auf die russische Journalistin Anna Politkowskaja, die Kreml-Verbrechen aufdeckte und 2006 in Moskau ermordet wurde. Auf die Ukraine, Moldawien, Georgien und die Opposition in Weissrussland.

Und natürlich auf Polen und die baltischen Staaten, die eine leidvolle Geschichte mit Russland teilen. «Sie warnen uns seit Jahren, dass Putin nicht aufhören wird», sagte von der Leyen – und führte den westeuropäischen Staaten damit ihre Ignoranz und Überheblichkeit vor Augen.

Ein bestimmtes der vielen Versprechen, die sie der Ukraine gab, dürfte auch in der Schweiz für Interesse sorgen: Die EU-Kommission sei bereit, der Ukraine einen «nahtlosen Zugang zum Binnenmarkt» anzubieten. Sie werde noch am Mittwoch nach Kiew reisen – es ist das dritte Mal –, um Details mit Selenski zu besprechen.

Will die EU-Kommissionschefin die Ukraine also in den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) holen? Oder soll sie eine Art «Bilaterale Verträge» wie die Schweiz erhalten, samt Personenfreizügigkeit? Fest steht: Anders als der Bundesrat weiss die Ukraine, was sie will. Nämlich näher ran an die EU. Auf dem Weg dahin geht sie mit grossen Schritten voran. Während die Schweiz auf der Stelle tritt.



Remo Hess, Brüssel  
remo.hess@chmedia.ch